

Niederschrift über die 23. Sitzung des Ausschusses für Familie, Senioren und Soziales am 04.09.2025, 18:40 Uhr, Sitzungssaal Rathaus, Markt 8, 48653 Coesfeld

Anwesenheitsverzeichnis

Bemerkung

| Vorsitz | | |
|------------------------------------|-----------------------|--|
| Frau Bettina Suhren | SPD | |
| stimmberechtigte Mitglieder | | |
| Herr Jan Büscher | CDU | |
| Frau Jessica Engbers | FDP | |
| Frau Ulrike Fascher | CDU | |
| Herr Ludger Kämmerling | Bündnis 90/Die Grünen | |
| Herr Bernhard Kestermann | CDU | |
| Herr Benedikt Öhmann | Bündnis 90/Die Grünen | |
| Herr Michael Pelster | Pro Coesfeld | |
| Frau Carolin Rulle | CDU | |
| Herr Wilfried Schmitz | FAMILIE | |
| Frau Martina Vennes | Pro Coesfeld | |
| Frau Inge Walfort | SPD | |
| Herr Lutz Wedhorn | CDU | |
| Verwaltung | | |
| Frau Eliza Diekmann-Cloppenburg | Bürgermeisterin | |
| Frau Lea Olthoff | FB 50 | |
| Herr Christoph Thies | Beigeordneter | |
| Herr Michael Vogt | FBL 50 | |
| Gäste | | |
| Herr Andreas Arf | | |
| Frau Stefanie Brinkmann | | |

Schriefführung: Frau Lea Olthoff

Frau Bettina Suhren eröffnet um 18:40 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Die Sitzung endet um 20:00 Uhr.

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Bericht der Verwaltung und Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden
- 2 Vorstellung Hilfekompass Coesfeld
Vorlage: 208/2025
- 3 Einführung einer Bezahlkarte für Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz
Vorlage: 190/2025
- 4 Soziale Betreuung Geflüchteter
Vorlage: 204/2025
- 5 Bericht über die Ausführung des Budgets 50 - Soziales und Wohnen
Vorlage: 209/2025
- 6 Anfragen

Nicht öffentliche Sitzung

- 1 Bericht der Verwaltung und Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden
- 2 Anfragen

Erledigung der Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

| | |
|-------|---|
| TOP 1 | Bericht der Verwaltung und Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden |
|-------|---|

Herr Vogt berichtet, dass am 11.09.2025 das Treffen mit der Wohnstätte Maria Droste stattfindet. Dieses Jahr wird die Polizeiwache besichtigt.

| | |
|-------|--|
| TOP 2 | Vorstellung Hilfekompass Coesfeld Vorlage: 208/2025 |
|-------|--|

Für die Vorstellung des Hilfekompass sind als Gäste Stefanie Brinkmann (Vorstand Berkel Kontor) und Andreas Arf (ehrenamtlicher Administrator im AK Hilfekompass) anwesend.

Frau Brinkmann beginnt mit der Vorstellung und erklärt, dass bei dem Hilfekompass bereits 38 Institutionen mitwirken. Es soll auch bald eine gedruckte Version des Hilfekompass geben. Er ist dafür gedacht, dass Menschen in Not schnellstmöglich an die entsprechenden Hilfeleistungen vermittelt werden. Im letzten Monat haben sich die Besucherzahlen auf der Website bereits deutlich gesteigert.

Herr Arf übernimmt die technische Vorstellung. Auf der Startseite des Hilfekompass ist ein Suchfeld vorhanden, wo der Suchbegriff eingegeben werden kann (z. B. Alkoholproblem in der Familie). Daraufhin werden die passenden Hilfeangebote angezeigt. Außerdem werden auf der Startseite Kacheln mit den wichtigsten Themengebieten angezeigt. Über das Feld „Eintragen lassen“ können sich neue Organisationen auf die Seite aufnehmen lassen. Nach der Verifizierung der Angaben wird die Organisation dann auf der Seite angezeigt. Zum Umweltaspekt erklärt Herr Arf, dass mit Ionos zusammengearbeitet wird. Der Anbieter verwendet Server, die mit regenerativen Energien betrieben werden.

Generell soll der Hilfekompass eine Übersicht über alle Hilfeangebote bieten, damit betroffene Personen einen schnellen und übersichtlichen Zugang haben. Es wurden noch Flyer ausgegeben, die in den Fachbereichen ausgelegt werden sollen.

| | |
|-------|---|
| TOP 3 | Einführung einer Bezahlkarte für Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz Vorlage: 190/2025 |
|-------|---|

Herr Vogt verdeutlicht, dass die Einführung der Bezahlkarte nur circa 150 Personen in Coesfeld betreffen würde. Das liegt unter anderem daran, dass die größte Gruppe der Geflüchteten (Syrien und Ukraine) durch den schnellen Wechsel in den SGB II Leistungsbezug keine Bezahlkarte bekommen würden.

Herr Öhmann spricht an, dass das Ziel der Bezahlkarte ist, dass kein Unfug mit dem Geld betrieben werden kann. Im Zuge dessen fragt er sich, warum diese Karte nur für Geflüchtete und nicht für alle arbeitslosen Menschen eingeführt werden soll. Dies verbreite ein negatives Menschenbild und man sollte keine Unterschiede zwischen den Menschen machen.

Frau Vennes ärgert sich darüber, dass das Thema von Oben (Landesebene) nach unten (Kommunalebene) durchgereicht wird. Sie kann die gewünschte Einheitlichkeit für den Kreis Coesfeld verstehen, möchte aber trotzdem nicht zustimmen. Sie fragt sich wie es zum Beispiel

in Fällen der gesetzlichen Betreuung laufen soll. Hier müsste es Härtefallregelungen geben, die einen sehr hohen Aufwand für die Verwaltung bedeuten.

Herr Thies klärt auf, dass die Landesregierung in der Bezahlkartenverordnung festgelegt hat, dass die Bezahlkarte im Regelfall eingeführt werden soll. Gleichzeitig können die Kommunen entscheiden, die Bezahlkarte – entgegen der generellen Regelung – in ihrem Bereich nicht einzuführen. Er glaubt nicht, dass die Bezahlkarte bei den Asylbewerbern zu Problemen führen wird, da bereits heute die meisten Käufe mit Karte bezahlt werden und auch ein Betrag von 50,00 € pro Person in bar ausgezahlt wird, der bei Bedarf erhöht werden kann.

Herr Vogt ordnet den Verwaltungsaufwand ein und erklärt die Vor- und Nachteile. Einerseits ist es positiv, dass die Probleme der Geflüchteten bei der Eröffnung des Bankkontos wegfallen. Andererseits ergibt sich ein Mehraufwand dadurch, dass ein PC zur Kontoeinsicht zur Verfügung gestellt werden muss für Personen ohne Handy und die Verwaltung sich darum kümmern muss, falls eine Person ihre PIN vergessen hat.

Frau Walfort positioniert gegen die Karte. Sie sehe einen Streitpunkt darin, dass manche Geflüchteten diese Karte erhalten und andere nicht. Außerdem gebe es immer einen Weg an Bargeld zu kommen und die Karte könne dies nicht verhindern.

Herr Kestermann gibt an, dass die CDU sich für die Einführung der Bezahlkarte ausspricht. Sie sehen keine Einschränkung für die betroffenen Asylbewerber, da die Verwaltung flexibel auf Probleme reagieren könne. Der Zweck sei, dass kein Geld ins Ausland geschickt werden kann. Er denke auch, dass es die Personen vor Bedrängung von Außen schützen kann, wenn sich das Verfahren im Ausland rumspricht. Außerdem wäre dann die Einheitlichkeit im Kreis Coesfeld gegeben.

Herr Kämmerling kündigt an sich bei der Abstimmung zu enthalten. Er finde es nicht gut, dass die Bezahlkarte nur eine kleine Gruppe betrifft und sei der Meinung, dass es das Problem bei fortgeschrittener Digitalisierung in Deutschland nicht gäbe.

Beschluss:

Die Bezahlkarte für Leistungsbeziehende nach dem Asylbewerberleistungsgesetz wird gemäß den landesgesetzlichen Regelungen in der Stadt Coesfeld zum nächstmöglichen Zeitpunkt eingeführt.

| Abstimmungsergebnis | Ja | Nein | Enthaltungen |
|----------------------------|-----------|-------------|---------------------|
| | 7 | 5 | 1 |

| | |
|-------|---|
| TOP 4 | Soziale Betreuung Geflüchteter Vorlage: 204/2025 |
|-------|---|

Frau Diekmann-Cloppenburg verdeutlicht, dass die Stadt Coesfeld sehr zufrieden ist mit der Zusammenarbeit mit dem DRK. Allerdings kann der Vertrag nicht einfach verlängert werden, da die Leistung ausgeschrieben werden müsste. Der Kreis Coesfeld beschäftigt sich mit den aktuell bestehenden Angeboten und Beratungsstrukturen für den Personenkreis der Migrantinnen und Migranten. Bis Ende März 2026 soll eine Übersicht über bestehende Hilfeangebote für Geflüchtete erstellt werden. Ziel ist die Vermeidung von Doppelstrukturen, aber auch eine Aufrechterhaltung bzw. Sicherstellung von notwendigen Bedarfen bzw. Angeboten. Bis dahin sollte die Ausführung des Beschlussvorschlags 1 aufgeschoben werden.

Herr Kestermann erklärt für die CDU-Fraktion, dass der Beschlussvorschlag kritisch gesehen werde. Er sehe momentan keine Dringlichkeit zur Schaffung der Stellen und der neue Rat sollte darüber entscheiden. Er betont die Zufriedenheit mit dem DRK seit 10 Jahren und spricht die Folgen für die Integrationsstelle an, falls das DRK nicht mehr beauftragt wird. Außerdem funktioniert auch die Zusammenarbeit vom DRK mit der FI gut. Er ist der Meinung, dass die Ausschreibung ein vorgeschobenes Argument sei.

Frau Diekmann-Cloppenburg erklärt dazu, dass der Stellenplan zwar vom neuen Rat beschlossen wird, aber der Vertrag zeitnah verlängert werden müsste und daher jetzt eine Entscheidung notwendig ist. Auch die anderen Kommunen stehen momentan vor dem Problem der Ausschreibung dieser Aufgabe. Auch wenn die Anzahl der Geflüchteten zurückgeht, bleibt die soziale Betreuung eine Daueraufgabe.

Herr Vogt schließt sich dem an. Die meisten Kommunen übernehmen die Aufgabe bereits mit eigenem Personal. Da es eine Daueraufgabe ist, hält er eine langfristige Planung für sinnvoll.

Herr Kämmerling stimmt der Verfestigung der Aufgabe zu und unterstreicht, dass die Träger immer befristete Verträge haben. Die Aufgabe der sozialen Betreuung braucht aber ein hohes Maß an Kontinuität und ein Vertrauensverhältnis der Mitarbeiter zu den Geflüchteten. Er kann sich daher die Übernahme mit eigenen Mitarbeitern gut vorstellen, hinterfragt allerdings, ob dann noch genügend Flexibilität gegeben ist.

Herr Vogt betont, dass die Stellen nicht mit Verwaltungsmitarbeitern sondern mit Sozialarbeitern besetzt werden würden.

Frau Vennes fragt an, wie das DRK und die FI zu der geplanten Maßnahme stehen. Dort gäbe es bestimmt Personalprobleme.

Herr Thies hatte dazu ein Gespräch mit dem Vorstand des DRK. Dort wurde bekundet, dass das DRK gerne weitermachen möchte. Es wurde aber auch Verständnis für die Ausschreibung und die Überlegung des Insourcings gezeigt.

Herr Schmitz positioniert sich gegen die Stellenausweitung um 0,5 Stellen für einen Integrationsbeauftragten, da die Zahl der Asylsuchenden rückläufig ist. Er sieht somit keinen Bedarf. Außerdem übernehmen laut ihm die Case Manager diese Aufgabe.

Frau Walfort betont, dass ihre Fraktion der Stellenausweitung zustimmt und auch die FI sich für diese ausspricht.

Herr Vogt erläutert den Unterschied zwischen der sozialen Betreuung in den Unterkünften, wo sich vorrangig um Alltagsprobleme sowie Konflikte in den Unterkünften gekümmert wird und den Case Managern, die darüber hinaus bei den Behördengängen und der Vermittlung an die unterschiedlichen Hilfesysteme unterstützen.

Herr Büscher spricht noch einmal die Übersicht über die Hilfesysteme an, die für Ende März geplant ist. Vorher möchte er noch nichts beschließen.

Frau Diekmann-Cloppenburg erklärt, dass die Stellen trotzdem jetzt schon in den Stellenplan (vorerst mit einem Sperrvermerk) aufgenommen werden müssten. Sollte erst die Übersicht abgewartet werden, könnten die Stellen erst für 2027 in den Stellenplan aufgenommen werden.

Herr Kestermann sieht keine Dringlichkeit, da mit dem DRK momentan ein guter Dienstleister vorhanden sei. Diese Institutionen sollten gefördert werden, statt ihnen die Aufgaben wegzunehmen.

Herr Vogt begründet die Dringlichkeit damit, dass der aktuelle Vertrag am 31.12.2025 ausläuft und frühzeitig eine Entscheidung getroffen werden muss. Es kann eine Verlängerung des Vertrags beschlossen werden und dann eine erneute Entscheidung nach der fertigen Auflistung der Hilfesysteme.

Herr Öhmann betont, dass er in der Vorlage zu diesem Thema 11 gute Gründe für eine Übernahme der Aufgabe durch städtische Mitarbeiter gefunden hat und er daher zustimmen werde.

Beschluss:

1. Der Rat nimmt zustimmend zur Kenntnis, dass sich die Aufgabe der sozialen Betreuung Geflüchteter als dauerhafte freiwillige kommunale Aufgabe verfestigt hat. Die soziale Betreuung der in den städtischen Unterkünften untergebrachten Personen soll zukünftig mit städtischem Personal durchgeführt werden. Hierzu sollen im Stellenplan 2026 sowie in den Folgejahren ein Stellenumfang von 3,0 VZÄ eingeplant werden. Die Stellen werden zunächst mit einem Sperrvermerk versehen.

| Abstimmungsergebnis | Ja | Nein | Enthaltungen |
|----------------------------|-----------|-------------|---------------------|
| | 7 | 6 | 0 |

2. Zusätzlich soll mit einem Stellenanteil von 0,5 VZÄ die Funktion einer/eines städtischen Integrationsbeauftragten im Stellenplan 2026 sowie in den Folgejahren eingerichtet werden.

| Abstimmungsergebnis | Ja | Nein | Enthaltungen |
|----------------------------|-----------|-------------|---------------------|
| | 7 | 6 | 0 |

3. Der aktuelle Vertrag mit dem DRK soll im erforderlichen Umfang – längstens jedoch bis zum 30.09.2026 - verlängert werden.

| Abstimmungsergebnis | Ja | Nein | Enthaltungen |
|----------------------------|-----------|-------------|---------------------|
| | 13 | 0 | 0 |

| |
|--|
| TOP 5 Bericht über die Ausführung des Budgets 50 - Soziales und Wohnen Vorlage: 209/2025 |
|--|

Der Bericht über die Ausführung des Budgets ist Inhalt der Sitzungsunterlagen. Es gab hierzu keine Rückfragen.

| |
|-----------------------|
| TOP 6 Anfragen |
|-----------------------|

Frau Walfort erkundigt sich nach dem aktuellen Stand der Unterkünfte Harle 1 und Wiesenstraße.

Herr Thies berichtet, dass die Handwerker in der Unterkunft Harle 1 fertig sind und die Unterkunft voraussichtlich im Oktober wieder belegt werden kann. Der Außenanstrich erfolgt dann zu späterer Zeit. In der Unterkunft Wiesenstraße haben die Abbrucharbeiten stattgefunden. Dabei wurden Mängel in den Betondecken festgestellt, Dadurch muss jetzt noch geprüft werden, welche Maßnahmen erforderlich sind. Hierzu soll es kurzfristig eine Rückmeldung geben und dann kann das Vergabeverfahren gestartet werden.

Frau Fascher erkundigt sich nach der Unterkunft Harle 64.

Herr Thies berichtet, dass hier eine erste Berechnung der Kosten stattgefunden hat. In der nächsten Sitzung soll über die Umsetzung der Sanierung gesprochen werden.

Frau Diekmann-Cloppenburg ergänzt, dass diese Unterkunft aufgrund des akuten Schädlingsbefalls geräumt werden musste. Nach der Bekämpfung musste einige Monate gewartet werden. Eine einfache Sanierung macht in diesem Fall wenig Sinn, da der Bauzustand schlecht ist und es voraussichtlich wieder zu einem Schädlingsbefall kommen würde. Die Planungen - auch bezüglich der energetischen Sanierung - werden im Planungsausschuss besprochen.

Frau Fascher fragt an, ob das Gebäude überhaupt noch benötigt wird, da die Zahl der Neuzuweisungen der Flüchtlinge rückgängig ist.

Frau Diekmann-Cloppenburg erläutert, dass schon überlegt wurde, ob es Alternativen zur teuren Sanierung gibt. Die Stadt hat momentan noch sehr viele angemietete Unterkünfte und Containeranlagen. Diese sollen zuerst abgebaut werden und die eigenen Gebäude daher nicht aufgegeben werden.